

An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Zürich, 8. Februar 2018

## **Kommissionsmehrheit lehnt Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» ab**

**Die gemeinderätliche Kommission hat die Weisung zur städtischen Volksinitiative «Mehr Geld für Zürich: 7 statt 9 Stadträtinnen und -räte» zu Ende beraten. Die Kommission empfiehlt die Volksinitiative mit 7 zu 6 Stimmen zur Ablehnung.**

An ihrer Sitzung vom Dienstag, 6. Februar 2018 hat die Spezialkommission Präsidialdepartement/Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) die stadträtliche Weisung zur städtischen Volksinitiative abgeschlossen. Ein Antrag der AL auf Rückweisung der Vorlage an die Kommission fand keine Mehrheit. Für einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag des Gemeinderats, wie ihn die Kommission ausgiebig diskutiert hat, fehlt aufgrund der Bestimmungen des revidierten kantonalen Gemeindegesetzes und des kantonalen Initiativrechts die rechtliche Grundlage.

### **Mehrheit lehnt Abbau demokratischer Legitimation ab**

Die Mehrheit bestehend aus SP, Grünen und AL lehnt den Abbau an demokratisch legitimierter Vielfalt in der Stadtregierung, der mit der Annahme der Volksinitiative einhergehen würde, ab. Die Mehrheit ist auch gegen die unvermeidliche Stärkung der demokratisch nicht gleichermassen legitimierten Verwaltungskader oder die Ausgliederung zentraler staatlicher Aufgaben aus der Verwaltung, die eine Umsetzung der Initiative mit sich bringen würde. Die Mehrheit sieht in der laufenden Totalrevision der Gemeindeordnung aber eine Gelegenheit, um die historisch gewachsenen Strukturen der Stadtverwaltung einer Überprüfung zu unterziehen und wo nötig noch konsequenter auf die möglichst effektive Zielerreichung auszurichten.

## **Minderheit wünscht Reorganisation der Stadtverwaltung**

Die Minderheit bestehend aus SVP, FDP und GLP sieht die Volksinitiative als Anstoss für eine Reorganisation der städtischen Verwaltung und die vertiefte Überprüfung städtischer Aufgaben, wofür verschiedentlich auch schon Vorschläge präsentiert worden sind. Mit einer Zustimmung zur Volksinitiative und der Reduktion der Anzahl Stadtratsmitglieder soll ein solcher Prozess in Gang gesetzt werden, im Zuge dessen auch die Frage der Rechtsform bestimmter Einheiten der Stadtverwaltung einer erneuten Diskussion und einer Klärung zugeführt werden könnte. Die Unterstützung der Volksinitiative wird auch als Chance erachtet, die zahlreichen Doppelspurigkeiten zu eliminieren sowie die administrativen Abläufe zu verschlanken.

Die Vorlage wird gemäss heutiger Planung am 28. Februar 2018 im Gemeinderat beraten. Der Termin für die Volksabstimmung wird danach durch den Stadtrat festgesetzt.

### **Hinweis an die Redaktionen:**

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen die Präsidentin und der Vizepräsident der SK PRD/SSD, Isabel Garcia, Gemeinderätin GLP, Telefon 079 652 85 19 und Jean-Daniel Strub, Gemeinderat SP, Telefon 079 638 75 62 gerne zur Verfügung.